

# Stolperer Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Amtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 233

Freitag, den 3. Oktober 1924.

48. Jahrgang

## Um die Regierungsbildung.

Gewagte Experimente.

Berlin, 2. Oktober. Die angekündigte Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Regierungskoalition hat heute nachmittag in der Reichskanzlei stattgefunden. An der Besprechung nahmen von der Regierung der Kanzler Marx, Vizekanzler Dr. Jarres, der Außenminister Dr. Stresemann, der Reichswirtschaftsminister Hamm und der Reichsernährungsminister Graf Kanitz teil; von den Parteien waren erschienen: von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Scholz und Curtius, vom Zentrum die Abgeordneten Siegerwald, Spahn und von Guérard, von den Demokraten die Abgeordneten Ertelenz, Haas und Reinath. Nach Beendigung der Besprechung gegen 7.30 Uhr abends wurde

ein amtlicher Bericht

ausgegeben, der folgendes besagt:

„In der Reichskanzlei fand heute nachmittag eine Aussprache zwischen den Führern der Regierungsparteien und dem Reichskanzler statt. Die Absicht des Reichskanzlers, zum Zwecke der Erweiterung der Reichsregierung Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei aufzunehmen, wurde gebilligt. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird der Reichskanzler den Führern der Regierungsparteien Mitteilung machen.“

Der unmögliche Standpunkt des Kanzlers, sowohl mit den Deutschnationalen als auch mit den Sozialdemokraten zu verhandeln, ist jetzt also von den Regierungsparteien sanktioniert worden, bedauerlicherweise auch von der Deutschen Volkspartei, die sich damit in direktem Widerspruch zu der Entschlieung ihres Fraktionsvorstandes vom 21. September gesetzt hat, in dem bekanntlich das Wiederzusammengehen mit der Sozialdemokratie für den Augenblick ausdrücklich abgelehnt wurde. Wir wollen es uns, da die Möglichkeit einer Koalitionsbildung mit der Volkspartei noch nicht ganz ausgeschlossen erscheint, vorläufig versagen, dieses Verhalten zu charakterisieren. Nicht verfolgt auch die Deutsche Volkspartei mit ihrer heutigen Zustimmung zu den Plänen des Reichskanzlers besondere Absichten, die sich heute noch nicht übersehen lassen.

Dem Reichskanzler scheint es allerdings mit dem Gedanken einer Regierung der „Volksgemeinschaft“ von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten wirklich ernst zu sein, eine Einstellung, die nach wie vor unbegreiflich bleibt und allerlei Kombinationen anregen muß.

So meint heute der „Tag“, daß die Absichten des Reichskanzlers bei der positiven Unmöglichkeit dieser Regierungsbildung so verstanden werden müßten, daß der Kanzler entweder die Sozialdemokratie warmhalten will, um den Weg nach links für das Zentrum im Falle von Neuwahlen offen zu halten, oder daß der Kanzler sich völlig aus der Frage der Regierungsbildung ausschalten und seinen Rücktritt mit dem Scheitern seiner Idee der Volksgemeinschaft motivieren will.

Nach unseren Informationen dürfte die Meldung des „Tag“ gewisser Grundlagen nicht entbehren. Man erzählt sich, daß in Zentrumskreisen schon lange, daß Herr Marx amtsmüde sei und einem Nachfolger, sei es Siegerwaldscher oder Wirtschaftlicher Richtung, Platz machen möchte. Natürlich wird die Frage der Regierungsbildung auch heute in der Berliner Abendpresse lebhaft diskutiert, und zwar ist es besonders ein Artikel der „Kreuz-Zeitung“ von heute morgen, mit dem sich die Blätter beschäftigen. Die „Kreuz-Zeitung“ hat in diesem Artikel die Ansichten, die Herr Marx gestern in der „Germania“ hinsichtlich seiner Regierungserweiterungspläne entwickelt hat, sehr richtig als das bezeichnet, was sie nun einmal sind, nämlich Utopien. U. a. schreibt das Blatt:

„Die Art der Volksgemeinschaft, wie sie sich Dr. Marx denkt, lehnen wir für unsern Teil ab. Für uns kann die Zusammenarbeit zwischen einer nationalen und einer international eingestellten Marxisten-Partei selbstverständlich nicht in Frage kommen; sie ist eine glatte Unmöglichkeit. Die Deutschnationale Volkspartei müßte ihre Grundsätze verleugnen, wenn sie sich zusammen mit den Vertretern der Sozialdemokratie an den Regierungstisch setzt.“

Der „Vorwärts“ greift heute abend diese Äußerung der „Kreuz-Zeitung“ begeistert auf und versichert „auf Ehre“, daß die Gefühle, die die Deutschnationalen gegen die Sozialdemokraten hegen, auf Gegenseitigkeit beruhen.“

Damit müßte die Sachlage unseres Erachtens doch genügend geklärt sein!

Wozu Herr Marx sich denn morgen noch die Mühe machen will, das Unmögliche zu verwirklichen, wird immer unerfindlicher.

Die „Germania“, das hiesige Zentrumsorgan, ist außerordentlich pikant über die offene Sprache der „Kreuz-Zeitung“ und unternimmt den fruchtlosen Versuch, dem theoretischen Ge-

bäude des Kanzlers einen realen Boden zu geben. Aber sie scheint die Zwecklosigkeit ihrer Bemühungen selbst einzusehen, denn sie schreibt zum Schluß:

„Es handelt sich für Deutschland jetzt um eine Aktivierung des parlamentarischen Systems durch endliche Schaffung einer ordentlichen Mehrheit. Die Mehrheit hat die Aufgabe einer Sanierungsmehrheit. Man kann ohne weiteres sagen, daß für den Zweck einer Sanierungsmehrheit eine bürgerliche Mehrheit wegen der grundsätzlichen Uebereinstimmung in wirtschaftlichen Systemfragen glatter funktionieren würde, als jede andere Kombination. Aber es handelt sich nicht nur um die Sanierung der Wirtschaft, sondern gleichzeitig auch um die Sicherung des sozialen und innenpolitischen Friedens und für die Sicherung ist die bisherige Haltung der Deutschnationalen doch keine Garantie.“

Die Behauptung der „Germania“, daß eine bürgerliche Koalition mit Einschluß der Deutschnationalen den innerpolitischen Frieden gefährden würde, ist natürlich reine Tendenzmache. Im Gegenteil, der innerpolitische Friede war, wenn wir uns recht erinnern, nie mehr gefährdet als ausgerechnet zu der Zeit, als Herr Wirth mit Hilfe des sozialistischen Errors in Deutschland regierte. Das gleiche dürfte der Fall sein, wenn jetzt die Wirth-Koalition wieder kommen sollte. Interessanter als dieses leicht zu wiederlegende Märchen von der Gefährdung des inneren Friedens durch die Deutschnationalen ist aber zweifellos das offene Eingeständnis der „Germania“, daß sie oder vielmehr der Wirth-Flügel des Zentrums, dessen Sprachrohr die „Germania“ ist, aus wirtschaftlichen Gründen die Koalition mit den Deutschnationalen für die gegebene hält. Wenn sich das Blatt dann trotzdem aus innerpolitischen Gründen, d. h. aus Sympathie zur Sozialdemokratie, wider bessere wirtschaftliche Einsicht gegen das Zustandekommen einer bürgerlichen Mehrheit sträubt, so ist vielleicht diesem Satz weniger Bedeutung beizulegen. Es hat nämlich fast den Anschein, als ob man sich gegebenenfalls auch nicht mehr sträuben würde, als ob es sich bei den Äußerungen des Berliner Wirth-Organs um eine Art Rückzugsgefecht handelt, einem Rückzugsgefecht, zu dem man vielleicht durch die Erkenntnis genötigt worden ist, daß die Mehrheit der Zentrumsparlei doch nicht so fest zu Wirth schwört, wie man ursprünglich angenommen hatte.

Es steht nun fest, daß die Verhandlungen des Kanzlers mit den Deutschnationalen nicht, wie gestern gemeldet wurde, erst am Sonnabend, sondern bereits am Freitag nachmittags stattfinden sollen.

## Bürger, Arbeiter und Angestellte.

Von Dr. Hans Siegfried Weber.

In dem Kampfe gegen den Bürgerblock wird ein beliebtes Zauberunfützel angewandt. Man feiert die Sozialdemokratie als die Partei der Arbeiter und Angestellten, der man die übrigen bürgerlichen Parteien gegenüberstellt. Eine Volksgemeinschaft soll dann auf der Grundlage der sogenannten großen Koalition künstlich geschaffen werden, indem sich eben Sozialdemokraten und Bürgerliche koalieren. Diese ganze Auffassung entspringt marxistischen Gedankengängen, die die Gesellschaft in die zwei Teile Bürger und Arbeiter zertrennt. Man muß wirklich hier fragen: Sind denn die Arbeiter keine Bürger? Wie stark der Einfluß des Marxismus ist, zeigt sich in dem durchaus sonst begrüßenswerten Beschluß des Vorstandes der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Hier verleiht man mit dem Sage: „Unser Ziel ist nicht die Schaffung eines Bürgerblocks“, dem gut deutschen Worte „Bürger“ einen unangenehmen Neben Sinn und paßt sich unbewußt sozialistischen Gedankengängen an. Wir Deutschnationalen empfinden uns mit Stolz als Bürger des deutschen Staatswesens. Ein Bürgerblock ist für uns gleichbedeutend mit der deutschen Volksgemeinschaft, die eben, die deutsch empfindenden, deutsch denkenden und deutsch wollenden Bürger als deutsche Volksgenossen im Gegensatz zu dem internationalen Marxismus zu einheitlichem Wirken zusammenfaßt.

Die Deutschnationale Volkspartei verfolgt dieses Ziel der deutschen Volksgemeinschaft seit ihrem Bestehen, denn sie ist keine Vertretung der sogenannten „kapitalistischen Bourgeoisie“, sondern aller Schichten unseres Volkes. Unter den 6 1/2 Millionen deutschnationaler Wähler befinden sich mehr Arbeiter und Angestellte als in der sozialdemokratischen Partei. Diese einfache Tatsache der gewaltigen Wahlstimmen der Deutschnationalen beweist schon rein oberflächlich, daß Millionen deutscher Arbeiter und Angestellter Wähler der Deutschnationalen Volkspartei sind. Ein Blick auf die großen Industriestädte, in denen überwiegend Arbeiter wohnen, zeigt aber auch, daß gerade dort die Deutschnationalen der Sozialdemokratie überlegen sind. In dem Wahlkreis Düsseldorf-Ost, zu dem Essen gehört, haben die Deutschnationalen zwei Abgeordnete und au-

ßerdem noch 25 000 Reststimmen, während die Sozialdemokratie nur einen einzigen Abgeordneten durchbrachte. Ueberaus bezeichnend sind auch die Parteiverhältnisse in Oberschlesien, die gerade noch einmal durch die Nachwahlen bestätigt wurden. Die Deutschnationalen haben hier viereinhalbmal soviel Stimmen aufzuweisen wie die Sozialdemokratie. Was wurden nicht für Siegesnachrichten vor dieser Nachwahl über die sozialdemokratischen Erfolge dank dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegenüber den Deutschnationalen verkündet. Das Ergebnis ist, daß es die sozialdemokratische Partei nicht fertig brachte, in diesem Arbeiterwahlkreis einen einzigen Abgeordneten in den Reichstag zu schicken. Mehr als ein Drittel ihrer Stimmen haben diesmal die Sozialdemokraten gegenüber der vorigen Wahl in Oberschlesien verloren. Das sind die herrlichen Erfolge des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Diese Tatsache sollte auch zur Vorsicht mahnen, allzu kühne Berechnungen über die sozialdemokratischen Erfolge bei einer Auflösung des Reichstages im voraus zu verkünden.

Die Sozialdemokratie tut sich aber auch daraufhin viel zu gute — und ihre sogenannten bürgerlichen Lobredner werden nicht müde, es zu wiederholen —, daß sie die Arbeiterschaft auch durch Arbeiter vertreten lasse. Die meisten dieser sozialistischen Arbeitervertreter haben aber gar nicht viel im Schwelge ihres Angesichtes gearbeitet, sondern recht früh den Weg in die sozialistischen Gewerkschaftsbüros gefunden. Den Ton geben in der sozialdemokratischen Partei aber auch gar nicht einmal die sozialistischen Gewerkschaftssekretäre an, sondern jüdische Intellektuelle. Die Reichswahlliste der Sozialdemokratie enthüllt diese Tatsache allzu offen. An ihrer Spitze marschieren die Juden Dr. Silberding, Dr. Herz, Dr. Adolph Braun. Auch viele der übrigen Herrschaften sind keine Arbeiter im engeren Sinne des Wortes, sondern Rechtsanwälte und Schriftsteller, die niemals ein „Proletariatsdasein“ gefühlt haben. Setzt man dieser sozialistischen Reichstagsliste die deutschnationale gegenüber, so sieht man, daß die Deutschnationalen zwei hervorragende Führer der Arbeiter- und Angestelltenbewegung in den Reichstag entsandt haben: die ehrwürdige Margarete Behm, die Hauptvorsitzende und Führerin des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen, der die Vermissten der Armen zusammenfaßt, und den Führer der deutschnationalen Handlungsgehilfen, Walther Lambach.

Die Deutschnationalen sind stolz darauf, daß gerade durch sie die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen eine Besserung ihres Loses erfahren haben, und hunderttausende deutscher Handlungsgehilfen, denen wir ganz besonders auch im Auslande die Achtung vor Deutschland zu danken haben, deutschnationale Wähler sind. Millionen deutscher Industriearbeiter sehen mit Recht in der Deutschnationalen Volkspartei ihre Vertretung, da sie wissen, daß nicht der Klassenkampf ihre Stellung bessert, sondern die Arbeitsgemeinschaft mit allen Schichten des Volkes. Alle diese Arbeiter und Angestellten unseres Volkes empfinden sich in erster Linie als Bürger des deutschen Staates. Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes will eben nichts mehr wissen von den internationalen Phantomen, sondern sieht in dem Bürgerblock den Weg zur Wiedergesundung Deutschlands.

## Das Genfer Protokoll.

Zustimmung Frankreichs.

In der letzten öffentlichen Vollversammlung des Völkerbundes war das sogenannte Protokoll zur Verhinderung von Kriegen, zur Abrüstungsfrage und zur Militärkontrolle Gegenstand der Besprechungen. Nach den Ausführungen der Vertreter kleinerer Staaten ergriff das Wort der frühere französische

Ministerpräsident Briand.

Gleich einleitend erklärte er, daß Frankreich bereit sei, das Protokoll zu unterzeichnen.

Nach Ansicht Briands bedeutet das Protokoll ein wirkliches Hindernis gegen jeden Krieg. Schon das Schiedsverfahren erschwere den Krieg erheblich. Bisher seien die Völker aufeinander losgestürzt, weil sie nicht miteinander sprachen und verhandelten. Jetzt aber sei ein eingehendes Verfahren eingerichtet, das ein starkes Kriegshindernis bedeute. Dazu kämen die Sanktionen, die ein noch unüberwindlicheres Kriegshindernis seien, da sie die ganze Welt gegen den Angreifer aufbieten. Wir alle wissen, wie furchtbar sich der letzte Krieg, von den früheren Kriegen unterschieden, aber der Krieg, der morgen ausbrechen würde, wird sich ebenso furchtbar von dem letzten Krieg unterscheiden.

Nach Briand sprach der englische Hauptbelegte Lord Parmoor. Er meinte, weder der Rat noch die Vollversammlung würden die Macht haben, in die inneren Angelegenheiten der Länder einzugreifen in einem Maße, das über das bereits





